



Generaldirektion Kommunikation
Direktion C – Beziehungen zu den Bürgern
REFERAT BEOBACHTUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Brüssel, 27. März 2009

WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2009

Eurobarometer zum Europäischen Parlament (Standard-EB 71) – Frühjahr 2009

Zusammenfassende Analyse

Bevölkerung: EU 15+
Erfassungsbereich: EU 27 (27 218 europäische Bürger)
Zeitraum: Mitte Januar – Mitte Februar 2009
TNS Opinion

Die Ergebnisse dieser Umfrage zu den Wahlen sind vor dem Hintergrund des aktuellen internationalen Tagesgeschehens zu betrachten.

Der Umfragezeitraum (Januar/Februar) fällt mit einem äußerst ereignisreichen internationalen Tagesgeschehen zusammen, der Amtseinführung von Barack Obama, Vorstellung seines ersten Konjunkturprogramms, Lage in Gaza usw.

Die vorherige Umfrage (EB/PE 70) stand ihrerseits im Zeichen einer Zeit, in der die Europäische Union und damit auch das Europäische Parlament in den Medien stärker vertreten waren. Mitten in der Finanzkrise war die Europäische Union unter der französischen Ratspräsidentschaft einer der Hauptakteure bei der Suche nach sofortigen Lösungen. In diesem Zeitraum fanden im Europäischen Parlament zahlreiche Aussprachen statt, was zu einer stärkeren Wahrnehmung bei den europäischen Bürgern geführt hat.

Es sind mehrere große Tendenzen zu verzeichnen:

- ⇒ **Wahlkampfthemen: Die Arbeitslosigkeit** ist mit Abstand das Thema der Wahlkampagne, das nach Wunsch der Europäer im europäischen Wahlkampf vorrangig behandelt werden sollte. Damit wird das Ergebnis der Umfrage zur Wirtschaft- und Finanzkrise (EB71) bestätigt, demzufolge eine große Beunruhigung der Europäer angesichts der gegenwärtigen und künftigen Lage zu verzeichnen ist.
- ⇒ **Grad der Sensibilisierung für die Wahl:** Die zunehmende **Kenntnis** des Wahltermins hat sich im Vergleich zu den beiden letzten Befragungen bestätigt. Hingegen hat das **Interesse** an den Wahlen nicht zugenommen, und die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung ist konstant geblieben.

Die Gründe für die Wahlentscheidung des Wählers (Erfahrung der Kandidaten sowohl in europäischen Angelegenheiten als auch auf nationaler Ebene, Programme usw.) sowie die Gründe dafür, nicht wählen zu gehen, sind praktisch die gleichen wie bei der Umfrage EB/PE69 (Frühjahr 2008). Ausführliche Angaben dazu sind im Kapitel „Rohergebnisse“ im Anhang der vorliegenden Zusammenfassung enthalten.

- ⇒ **Die Rolle des EP:** Mit dem Heranrücken des Wahltermins **sind die Meinungen polarisiert**. Praktisch die Hälfte der Europäer würde es begrüßen, wenn das Parlament eine größere Rolle spielen würde, während 1/6 gegenteiliger Meinung ist. Der Anteil der Antworten „Weiß nicht“ hat sich verringert.
- ⇒ **Medienerinnerung an das EP:** Auf Grund des vorgenannten internationalen Hintergrunds hat sich diese verringert.
- ⇒ **Das EP angesichts der Erwartungen der europäischen Bürger:**

- Die Forderung nach einem **besseren Verbraucherschutz** und Gesundheitsschutz sowie nach einer besseren **Abstimmung** der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik rangiert an der Spitze der Politiken, mit denen sich das EP auf Wunsch der Bürger vorrangig befassen sollte.

Da die Arbeitslosigkeit an der Spitze der Wahlkampfthemen steht, ist völlig klar, dass die Bereiche des **täglichen und persönlichen Lebens** der Europäer besondere Aufmerksamkeit genießen. Angesichts einer Krise, deren Ende derzeit nicht absehbar ist, ergibt sich daraus die **Forderung nach einem stärkeren Schutz innerhalb der EU**.

Gleichzeitig ist aus diesen Ergebnissen zu entnehmen, dass die **internationale Rolle der EU von den europäischen Bürgern als weniger wichtig betrachtet wird**. Derzeit hat die Mehrzahl der Bürger den Wunsch, dass sich die Union in erster Linie um ihre alltäglichen Probleme kümmern möge.

- **In Bezug auf die Werte** nimmt der **weltweite Schutz der Menschenrechte** mit einer Steigerung von 4 Prozentpunkten weiterhin den ersten Platz ein. Der internationale Kontext, der durch die Eskalation bestimmter Konflikte und die zunehmende Unterdrückung in einigen Regionen der Welt gekennzeichnet ist, trägt für viele Bürger gewiss dazu bei.

Dies ist mit Sicherheit auch der Grund dafür, dass die erstmalig bewertete **Wahrung der Redefreiheit** unter den Werten, die vom Parlament vorrangig zu verteidigen sind, den 4. Platz (30 %) einnimmt.

Genauer aufgeschlüsselte Ergebnisse nach Land und soziodemografischer Kategorie findet der Leser im Teil „Rohergebnisse“.

In Abhängigkeit von den während der Umfragen gestellten Fragen wurden Vergleiche zwischen der vorliegenden Umfrage EB/PE71 und den Umfragen EB/PE68 (Zeitraum

September/November 2007), 69 (Zeitraum März/April 2008) und 70 (Zeitraum Oktober/November 2008) angestellt.

I. Themen der Wahlkampagne

Viel deutlicher als bei den beiden vorhergehenden Umfragen ist zu erkennen, dass die Europäer den Themen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem täglichen Leben stehen, weit mehr Bedeutung einräumen als den globalen Themen. Im Vergleich zu der vor einem Jahr erfolgten Umfrage EB/PE69 vom Frühjahr 2008 heben sich drei Kategorien deutlich ab:

a) *Ein Paket wirtschaftlicher und sozialer Sorgen im Zusammenhang mit der persönlichen Situation*, zwischen 32 % und 57 % :

Das Spitzentrio ist stets dasselbe: Arbeitslosigkeit, mit 57 % (+ 10 % im Vergleich zu EB/PE69), Wirtschaftswachstum, mit 52 % (+ 7 %), Inflation und Kaufkraft, mit 40 % (-1 %).

In diesem Rahmen erhalten Themen allgemeiner oder langfristiger Art deutlich weniger Antworten: Bewahrung des europäischen Sozialmodells, 11 % (-1 %), und Zukunft der Renten 32 % (=).

b) *Sorgen im Zusammenhang mit der globalen kollektiven Sicherheit*, zwischen 23 % und 29 % :

Innerhalb eines Jahres hat diese Problematik in den Augen der Europäer stark an Bedeutung verloren.

Im Vergleich zu EB/PE69 wurden folgende Ergebnisse erzielt: Unsicherheit 29 % (-8 %), Sicherheit der Energieversorgung 27 % (neu), Kampf gegen den Klimawandel 26 % (-7 %), Einwanderung 24 % (-8 %), Terrorismus 24 % (-9 %), Lebensmittelsicherheit 23 % (neu).

c) *Bestimmte Politiken der EU und ihrer Institutionen*, zwischen 10 % und 19 %.

Diese Themen verlieren durch die Konzentration der Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Ängste an Bedeutung: Landwirtschaft 19 % (-2 %), Euro 13 % (-4 %), Befugnisse und Kompetenzen der europäischen Institutionen 10 % (-2 %), europäische Werte und Identität 10 % (-2 %).

II. Sensibilisierung für die Wahl

a) *Besser bekannter Termin*

- Innerhalb eines Jahres hat sich die Kenntnis des Wahltermins verdoppelt. Das Jahr 2009 wird von 32 % der Befragten gegenüber 16 % im Vorjahr genannt. Der Monat Juni wird von 16 % gegenüber 4 % im Vorjahr genannt (EB/PE69).

Im Vergleich dazu kannten vor fünf Jahren einen Monat vor den Wahlen im Juni 2004 lediglich 36 % der Befragten den genauen Wahltermin, während in diesem Jahr 16 % fünfeinhalb Monate vor den Wahlen den Wahlmonat kennen.

- 62 % der Befragten erklären, das Datum der nächsten Europawahlen nicht zu kennen, gegenüber 75 % im Vorjahr.
- 6 % geben ein anderes Datum an.
- Wie bei den vorherigen Umfragen sind recht deutliche soziodemografische Unterschiede zu verzeichnen. So antworten 57 % der Männer mit „Weiß nicht“, gegenüber 66 % der Frauen. Bei den jüngeren Befragten (zwischen 15 und 24 Jahren) sind es 69 %, die mit „Weiß nicht“ antworten.

b) Konstantes Interesse

Das Interesse der Europäer an den Wahlen zum Europäischen Parlament ist im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage (Herbst 2008/EB/PE70) unverändert: **44 % zeigen sich interessiert an den Europawahlen, während 53 % nicht interessiert sind.**

c) Gleichbleibender Mobilisierungsgrad

Der Anteil der Bürger, die beabsichtigen, mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen bzw. nicht wählen zu gehen, ist exakt identisch mit dem vor 6 Monaten (EB/PE70): **34 % der Europäer erklären, mit Sicherheit wählen zu gehen, gegenüber 15 %, die mit Sicherheit nicht zur Wahl gehen wollen.**

Aus diesen Daten darf keinesfalls auf eine bestimmte Wahlbeteiligung geschlossen werden. Tatsächlich antworten die Bürger fünfeinhalb Monate vor dem Wahltermin stets auf der Grundlage ihrer Meinung (Antwort auf eine Frage in einem nicht von den Wahlen beeinflussten Zusammenhang). In dem Moment, da der Wahlkampf beginnt, also etwa zwei Monate vor dem Wahltermin, beginnt man hingegen, in der Kategorie von Wahlen zu denken.

III. Erinnerung aus den Medien und Kenntnis der Funktionsweise und der Kompetenzen des EP

a) Erinnerung aus den Medien

- Wie in der Einleitung angegeben, steht die **Erinnerung, die die Menschen aus den Medien an das Parlament haben, in direktem Zusammenhang mit der Wahrnehmbarkeit der Europäischen Union** zum Zeitpunkt der Umfragen. Daher ist es nicht überraschend, dass dieser Wert **von 44 % im EB/PE70 auf 36 %** gesunken ist. Die Zahl der Europäer, die aus den Medien keine Erinnerung an das Parlament haben, ist auf 60 % gestiegen, gegenüber 53 % in der vorherigen Umfrage. Die

Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind sehr groß und erreichen 43 Prozentpunkte.

- Die Personen, die eine Erinnerung aus den Medien haben, wurden anschließend zu ihrer **Wahrnehmung** dessen, was sie gelesen, gesehen oder gehört haben, befragt: **44 % hatten einen guten Eindruck, 32 % weder einen guten noch schlechten Eindruck, und bei 21 % war der Eindruck eher schlecht.**

b) Kenntnis der Art der Wahl, der Funktionsweise und der Kompetenzen des EP

- Auf die Frage, ob die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern gewählt werden, antworteten 53 % der Europäer mit Ja, gegenüber 48 % im Vorjahr; 23 % antworteten mit Nein und 24 % „Weiß nicht“.
- Die Sitzordnung im Plenarsaal ist besser bekannt als vor einem Jahr. So antworten 36 % der Europäer „nach ihrer politischen Ausrichtung“, gegenüber 33 % (EB/PE68). 36 % antworten „nach ihrer Nationalität“, gegenüber 44 %.
- Hat jeder Mitgliedstaat der EU dieselbe Anzahl von Abgeordneten im Europäischen Parlament? 48 % antworten mit Nein, 20 % mit Ja und 32 % „Weiß nicht“.
- Wird das Budget der EU von dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten gemeinsam festgelegt? 54 % antworten mit Ja, 12 % mit Nein und 34 % „Weiß nicht“.
- Werden Entscheidungen über Gesetze und Richtlinien vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten gemeinsam getroffen? 53 % antworten mit Ja, 16 % mit Nein und 31 % „Weiß nicht“.

IV. Die Rolle des EP

a) Wie wird seine derzeitige Rolle wahrgenommen?

Die Europäer sind der Auffassung, dass die Rolle des Europäischen Parlaments im Laufe der letzten zehn Jahre gewachsen ist. Diese Wahrnehmung war vor einem Jahr (EB/PE68) geringfügig stärker. So sind 42 % der Auffassung, dass sie stärker geworden ist, gegenüber 45 % im Vorjahr. 29 % vertreten die Meinung, dass sie gleich geblieben ist, gegenüber 26 % im Vorjahr, und für 11 % ist sie schwächer geworden, gegenüber 8 %.

Mit 46 Prozentpunkten – 18 % bis 64 % – sind erneut starke Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verzeichnen.

b) Welche Rolle sollte das EP in der Zukunft spielen?

Wie bei anderen Fragen ist festzustellen, dass die Meinungen der Europäer weiter stärker auseinander gehen: 48 % würden es begrüßen, wenn es künftig eine wichtigere Rolle spielen würde (= EB/PE68); 22 % sind für eine weniger wichtige Rolle (12 %); 16 % für dieselbe Rolle (22 %); 14 % antworten „Weiß nicht“ (18 %).

Die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten erreichen 48 Prozentpunkte: 27 % bis 75 %.

V. Das Vertrauen in die Institutionen

Diese Ergebnisse gehen nicht aus der Umfrage EB/PE hervor, sondern aus dem **Standard-EB Nr. 71 (Frühjahr 2009) der Europäischen Kommission**, das demnächst veröffentlicht werden dürfte.

- Es muss erneut darauf hingewiesen werden, dass die Antworten vor dem globalen Hintergrund einer **immer stärkeren Beunruhigung** zu sehen sind, die sich angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftslage und ihrer persönlichen Zukunft bei den Europäern **breitmacht**.

Wie bereits in der vorstehenden Analyse festgestellt wurde, betrachten sie die Arbeitslosigkeit als Wahlkampfthema Nr. 1. Ihrer Meinung nach sollte sich das neu zu wählende Europäische Parlament vor allem auf den Verbraucherschutz, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und auf die Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik konzentrieren. Diese Forderung nach einem **stärkeren Schutz** betrifft Politiken, die nicht in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fallen.

- Aus all diesen Gründen überrascht es nicht, dass **das Vertrauen in die Institutionen deutlich gesunken ist**.
 - **Europäisches Parlament:** 45 % der Europäer vertrauen ihm, gegenüber 51 % im EB70; 37 % haben eher kein Vertrauen, gegenüber 31 %; 18 % wissen es nicht (=).
 - **Europäische Kommission:** 42 % der Europäer vertrauen ihr, gegenüber 51 % im EB70; 36 % haben eher kein Vertrauen, gegenüber 30 %; 22 % wissen es nicht, gegenüber 23 %.
 - **Europäische Zentralbank:** 39 % der Europäer vertrauen ihr, gegenüber 48 % im EB70; 40 % haben eher kein Vertrauen; gegenüber 30 %; 21 % wissen es nicht, gegenüber 22 %.

VI. Vom EP zu verteidigende Prioritäten und Werte

a) Die Prioritäten des EP

- **Das Spitzentrio hat sich grundlegend geändert.**
 - **Die Verbesserung des Verbraucherschutzes und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung** ist nunmehr auf den 1. Platz gerückt (2. Platz im EB/PE70). Sie wird von 36 % der Befragten an erster Stelle genannt, gegenüber 33 % in der vorherigen Umfrage. 38 % der Frauen setzen sie an die Spitze, gegenüber 34 % der Männer¹.
 - **Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik** rückt vom 6. auf den 2. Platz: 34 % gegenüber 26 % im EB/PE70. Dieses Mal setzen sie 36 % der Männer an die Spitze, gegenüber 32 % der Frauen.
 - **Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die es der EU ermöglicht, sich internationalen Krisen zu stellen.** Sie wird nunmehr an dritter Stelle genannt, während sie in der vorausgegangenen Umfrage auf dem ersten Platz rangierte: 32 % gegenüber 36 % im EB/PE70.
- **Ein Grundstock an Politiken, die zu einem besseren globalen Gleichgewicht beitragen:**

Die drei folgenden, von den Europäern gewünschten Prioritäten gehen in diese Richtung: Kampf gegen den **Klimawandel** und Verfolgen einer **Energiepolitik**, um die Unabhängigkeit der EU in diesem Bereich zu gewährleisten, wobei beide Themen 30 % erzielen; **Landwirtschaft**, die umweltfreundlich ist und zum weltweiten Gleichgewicht in der Nahrungsmittelversorgung beiträgt, mit 29 %.

b) Vom EP zu verteidigenden Werte

- Die drei Werte, die bei den Europäern an der Spitze stehen, sind gleich geblieben: **Schutz der Menschenrechte** in der Welt - 57 %; **Solidarität** zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union - 31 %; **Gleichstellung** der Geschlechter – 31 %.

Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung

Jacques Nancy, Tel. +32.2.284 24 85
Nives Žun, Tel. +32.2.284 43 99
Elise Defourny, Tel. +32.2.284 11 23
Nathalie Lefèvre, Tel. +32.2.284 12 26
SuiviOpinionPublique@europarl.europa.eu

¹ Wie der Bericht EB Flash 266 zur weiblichen Wählerschaft mit Blick auf die Europawahlen zeigt, konzentriert sich die Sorge der Frauen in wirtschaftlich und finanziell schweren Zeiten stärker als die der Männer auf konkrete Themen, die ihnen nahe liegen und Teil ihres täglichen Lebens sind.